

# FORUM

VORTRAGSREIHE DES INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN

Jg. 51 - Nr. 51 - 18.12.2001

Gerd Habermann

## BETRACHTUNGEN ZUR „ÖKONOMIE DES NEIDES“

**„Unser Wohlfahrtsstaat geht darauf aus, den Neid durch umfassende Umverteilung zu beschwichtigen. Wohlfahrtsökonomie ist Neidbeschwichtigungsökonomie. Die Neidökonomie des Wohlfahrtsstaates drückt sich vor allem in der Forderung nach Chancen-, womöglich Ergebnisgleichheit aus.“ Das ist eine der Aussagen, die Dr. Gerd Habermann, Leiter des Unternehmerinstituts e.V. der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), auf der Geschäftsführer-Tagung der Firma Rheingas am 18. Oktober 2001 in Herxheim-Hayna zur „Ökonomie des Neides“ machte.**

Neid ist eines der verbreitetsten menschlichen Motive zu allen Zeiten und in allen Kulturen. Wohl niemand ist in jedem Moment ganz frei davon, selbst die Größten sind es nicht, die eigentlich niemandem etwas neiden müssen. Der Neid ist der Eifersucht, der Missgunst und dem Ressentiment verwandt. Aber es wagt sich in der Regel kein Neidender dazu zu bekennen, dass er am Wohlergehen und Glück des Nächsten leidet. Dies gilt ganz besonders für die Fiskal- und Sozialpolitik, die sich in allerlei Deckideologien verkleidet.

Neid ist in jedem Fall kein edles Motiv. Er ist vielmehr ein Laster. Aber er kann produktive wie zerstörerische Auswirkungen haben. Im ersten Fall wird der Neid zu einem produktiven Faktor, der sich in schöpferische Leistungen umsetzt. Im anderen Fall geht er auf das Schädigen und die Entmutigung des (erfolgreichen, gesunden, glücklichen) anderen aus. Das Ziel ist erreicht, wenn der Glückliche sein Glück als „unverdient“ empfindet und darüber unglücklich wird; wenn er sich für seinen Erfolg zu entschuldigen sucht, sich schließlich vielleicht selber als einen Missbrauch ansieht wie der unglückliche Reformkönig Ludwig XVI. Im Extremfall flüstert ihm der zerstörerische Neid zu: „Fühle dich schuldig, schäme dich, denn andere, die unter dir geblieben sind, beneiden dich. Du bist an diesem Neid schuldig, du stürzt sie durch dein bloßes Dasein in die Sünde. Wir brauchen die Gesellschaft der Gleichen, damit niemand neidet“ (Helmut Schoeck). Al-

so nicht der Neidische soll sich zähmen, überwinden und Nächstenliebe pflegen, sondern sein Opfer soll sich ändern – nach unten hin, dem Maßstab des Neides zuliebe. Diese Suggestion hat im Jahrhundert des Sozialismus ihre mürbemachende Wirkung besonders auch auf die unternehmerische Elite nicht verfehlt. Es gibt Unternehmer, die ihre derzeitige, zum Teil schikanöse Fesselung durch ein fein gesponnenes Sozial-, Arbeits- und Fiskalrecht für notwendig erklären. Nur so mache man die unternehmerische Existenz „sozialverträglich“, meinen sie.

In der Marktwirtschaft wird der Neid neutralisiert, kann zum wichtigen Antriebsmotor im Wettbewerb werden. Er wird sozusagen sozial dienstbar gemacht für das Allgemeinwohl. Neid, Missgunst oder Rachsucht: Man kann sich auf Märkten nur durch Leistungen für andere – die Kunden – voranbringen, indem man Wettbewerber durch bessere Angebote überflügelt. Es gilt hier: privates Laster, öffentlicher Vorteil. Der Markt setzt zu seinem Funktionieren also weder Helden noch Heilige voraus. Der „Gewinn“ ist eine Anerkennung der mit ihren Ausgaben abstimmenden Konsumenten über den Wert der angebotenen Leistungen – den Wert für Konsumenten, wohlgemerkt; denn für die Konsumenten ist die Marktwirtschaft da.

Im Sozialismus kann man sich im Unterschied zur Marktwirtschaft des beneideten Wettbewerbers



Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

Chefredakteur: Axel Rhein · Verantwortlich für den Inhalt: Rolf Pitz, beide Köln, Telefon (02 21) 49 81-5 16 · E-Mail: pitz@iwkoeln.de  
Verlag: Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Postfach 51 06 70, 50942 Köln · Druck: Bercker, Kevelaer

durch physische Liquidation – oder zumindest durch seine soziale und ökonomische Kaltstellung – erledigen.

Der destruktive Neid tritt selten unverhüllt zu Tage. Vielmehr ist er bestrebt, sich in Form von moralisierenden Theorien zu rechtfertigen. Dazu gehören im Besonderen die Lehren von der „sozialen Gerechtigkeit“ im Sozialismus wie in seiner „gemäßigten“ Tochter im Wohlfahrtsstaat. Noch niemandem ist es gelungen, objektiv zu definieren, was „soziale“ Gerechtigkeit – etwa im Unterschied zur einfachen Gerechtigkeit des Marktes – sein soll. Friedrich August von Hayek schreibt: „Die völlige Inhaltslosigkeit des Begriffs ‚soziale Gerechtigkeit‘ zeigt sich an der Tatsache, dass es keine Übereinstimmung darüber gibt, was soziale Gerechtigkeit im Einzelfall erfordert; dass ferner keine Kriterien bekannt sind, nach denen entschieden werden könnte, wer Recht hat, wenn die Leute verschiedener Ansicht sind ...“ Und an anderer Stelle: „Mehr als zehn Jahre lang habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs ‚soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat.“

Die Praxis der sozialen Gerechtigkeit läuft auf möglichst viel Gleichheit, bewirkt durch umverteilenden Zwang, hinaus. Herbert Stolle hat einmal soziale Gerechtigkeit scherzhaft in dieser Weise definiert: „Du hast zwei Mark, ich habe eine. Gib mir eine, dann haben wir beide zwei.“ In einer Karikatur aus einer Zeitschrift des 19. Jahrhunderts, den „Fliegenden Blättern“, sieht man einen Kommunisten mit einem Bürgersmann im Gespräch. Der Bürgersmann sagt: „Ja, du redest immer von Gleichheit und Güter teilen, allein ich setze den Fall, wir haben geteilt, und ich, ich spare meinen Teil, doch du verschwendest den deinigen, was dann?“ Der Kommunist antwortet: „Ganz einfach! Dann teilen wir wieder.“

Unser Wohlfahrtsstaat geht darauf aus, den Neid durch umfassende Umverteilung zu beschwichtigen. Wohlfahrtsökonomie ist Neidbeschwichtigungsökonomie. Die Neidökonomie des Wohlfahrtsstaates drückt sich vor allem in der Forderung nach Chancen-, womöglich Ergebnistgleichheit aus. Ihr Hauptansatz ist eine progressive Steuerpolitik („der Neid als Steuereinzahler“), eine möglichst progressive Staffelung der Sozialbeiträge, eine saftige Erbschaftsteuer und das Angebot möglichst vieler „öffentlicher Güter“ zum Null- oder Sozialtarif. Es gab im klassischen Neiderstaat Schweden Progressionssätze von 90 Prozent und darüber – und dies schon von relativ niedrigen Einkommensstufen ab, so dass das Durchschnittseinkommen schließlich zu mehr als zwei Dritteln aus Sozialtransfers bestand. Progression heißt: Der Erfolg wird durch Besteuerung bestraft, der Misserfolg durch soziale Transfers belohnt. Die Begründung dieser Progres-

sion ist dubios: Man soll für öffentliche Güter nach Leistungsfähigkeit bezahlen. Das wäre auf dem Markt so, wie wenn in einem Geschäft die Preise nach dem Einkommen des Kunden gestaffelt wären. Hinzu kommt die ebenfalls schwindelhafte Theorie vom relativen Opfer. Es werden hier sozusagen Peters relativ größere Freuden mit dem relativ kleineren Leid von Pauls „Opfer“ verrechnet – ein interpersoneller Nutzenvergleich, der sachlich undurchführbar ist.

Die Neidökonomie findet sich wieder in der Gießkannensozialpolitik, wie sie z.B. in der Bildungswirtschaft praktiziert wird, die durch das kostenlose Angebot von Ausbildungsleistungen für alle ohne Bedürftigkeitsvoraussetzung nichts als eine Filiale der Sozialpolitik darstellt. Ebenso auch in staatlicher Kulturpolitik, durch „soziale“ Tarife z.B. beim Theaterbesuch. Was steckt dahinter? Um eine „Stigmatisierung“ des Einzelnen, der öffentliche Mittel beansprucht, zu vermeiden, werden Nulltarife für alle, auch für die Wohlhabenden, verordnet. So wird – um der Neidbeschwichtigung willen – sogar eine Umverteilung von unten nach oben in Kauf genommen. Auch Wohlhabende bekommen z.B. ein Studium geschenkt. Die Progressionswirkung der Steuer wird damit teilweise aufgehoben. Besonders auffällig ist diese Umverteilung auch in der gesetzlichen Krankenversicherung, wo das Naturalleistungsprinzip (ein Prinzip des Armenrechts!) ebenso für den armen Hilfsarbeiter wie für den Generaldirektor mitsamt seiner Familie gilt.

Neuerdings hat die Neidökonomie auch die Familie erreicht. Nach den zweifelhaften Idealen gegenwärtiger Familienpolitik soll die Familiengründung die Elternschaft möglichst wenig „kosten“. Zugrunde gelegt wird ein neidvoller Vergleich mit dem „Single“, der sich einen höheren Lebensstandard erlauben kann als jemand mit Familie. In diesem krass materialistischen Vergleich werden die Vorteile des Kinderhabens nicht in Anschlag gebracht. Das Kind wird als „Opfer“ für die Allgemeinheit angesehen, für welches es einen Kompensationsanspruch gegen den Staat, den Steuerzahler, gibt. Als neuester Schlager im Wettbewerb um die Zerstörung der Familiensolidarität und der Herabsetzung des Wertes der Familienunabhängigkeit wurde sogar von bürgerlichen Parteien ein stattliches „Familien-geld“ ins Rennen geschickt. Die Kosten der Familie werden in dieser Weise sozialisiert, sie wird ihres Sinnes als unabhängiger Selbsthilfegemeinschaft durch den Staat beraubt. Mutter und Vater werden bezahlte Staatsfunktionäre zu Reproduktionszwecken (lassen Sie mich das einmal so polemisch sagen!). Mein Kind – deine Ausgabe!

Neidökonomie drückt sich ferner im Anspruch der Bundes- und Landespolitik aus, durch Finanzausgleich zwischen den öffentlichen Körperschaften (Bund, Länder, Kommunen) möglichst einheitliche Lebensverhältnisse, wenigstens ein etwa gleichwertiges Angebot an öffentlichen Gütern herzustellen. Es geht auch hier dabei nur um eine vorder-

gründige Ökonomie, die nichtmonetäre Vorteile (z.B. hohe Umweltstandards, landschaftliche Schönheit) nicht in Betracht zieht und jedenfalls erfolgreiches Handeln im öffentlichen Teil der Wirtschaft durch Umverteilung bestraft, Misserfolge dagegen belohnt. Bekannteste Beispiele für das Leben auf Kosten anderer sind die Bundesländer Bremen und das Saarland (Letzteres unternimmt freilich gerade einen heroischen Anlauf, diesen unwürdigen Status zu beenden).

Es wird heutzutage eher akzeptiert, dass alle gleich arm, als dass alle wohlhabend, aber darunter einige wohlhabender als andere sind. Der Begriff „Armut“ wird vom Neid so definiert, dass als „arm“ gilt, wer über weniger als das Durchschnittseinkommen verfügt. Man kann nach dieser Definition also sehr reich und gleichzeitig relativ arm sein. So gibt es immer Grund für Neid. Die Armut wird nie besiegt, die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Marktwirtschaft wird ewig andauern, so leistungsfähig sie auch sein mag – und wenn alle Millionäre wären! Jedenfalls haben die Sozialfunktionäre dann unter allen Umständen etwas zu tun.

Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der gegenwärtig regierenden Linkskoalition ist naturgemäß besonders stark von den nicht eingestandenen Neidmotiven beherrscht. Es ist dies freilich nur ein relativer Unterschied zur früheren schwarz-gelben Regierung. In der Sozialpolitik hat eine Rückwärtsentwicklung stattgefunden, die selbst die zahmen Liberalisierungen der Regierung Kohl korrigiert hat (Lohnfortzahlung, Scheinselbstständigkeit, Kündigungsschutz, 630-DM-Gesetz usw.). Auch bei der stark umkämpften Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ging es um mehr Gleichheit. Es sollen überall Betriebsräte gebildet, eine betriebliche Einheitsverfassung für Deutschland durchgesetzt werden.

Deutschland steht freilich international nicht an der Spitze der durch Neidpolitik behinderten Nationen: Schweden liegt immer noch mit Abstand vor ihm und überhaupt alle Nationen, die sich hohe Staats- und Abgabenquoten erlauben – diesen sicheren Indikatoren des Neides in Friedenszeiten.

Auch die wirtschaftliche und soziale Wiedervereinigungspolitik ist durch Neidmotive charakterisiert. So soll es keine Niedriglohngebiete geben, keine wirtschaftliche Konkurrenz aus dem Osten entstehen. Dieses Ziel wurde erreicht, indem durch die Währungsunion zu absurden Umstellungsrelationen und durch die Politik des Arbeitsmarktkartells der Osten industriell platt gemacht, zumindest der verbliebenen komparativen Vorteile beraubt wurde. Gleichzeitig wurden die wohlfahrtsstaatlichen Standards des Westens im vollen Umfang auf den Osten übertragen. Dies war die Politik, die die wirtschaftliche Wiedervereinigung zu einem Dauerproblem gemacht hat – mit noch unabsehbaren Konsequenzen für die Stabilität der öffentlichen Finanzen und die politische Mentalität der Ostdeutschen. „Chan-

cengleichheit“, wenn sie mehr bedeuten soll als die Gleichheit vor dem Gesetz, ist eine zerstörerische Utopie. Geographische, kulturelle, zeitliche (zwischen den Generationen), familien-, begabungs-, gesundheits-, charakterlich bedingte Unterschiede sind entweder prinzipiell nicht zu beseitigen oder nur um den Preis einer totalitären Zwangsordnung, die extreme politische Ungleichheiten mit ihren Folgen heraufführen muss. „Chancengleichheit“ kann es bei näherer Betrachtung nur als Gleichheit vor dem Gesetz geben. Der Spanier Gonzalo Fernandez de la Morá schreibt in seinem lesenswerten Buch über den Neid: „Die Chancengleichheit gibt es nicht, und das ganze politische Problem beschränkt sich auf die Regulierung der Ungleichheiten, ohne den Trieb zur Selbstverwirklichung zu beengen, der das Edelste im Menschen ist, die mächtigste Triebkraft der Geschichte und das Heilmittel gegen den Neid.“

Die Politik der Neidbeschwichtigung („kleinstmöglicher Neid der größten Zahl“) ist schon allein deswegen aussichtslos, weil nicht die ganz großen, sondern eher die kleinen Unterschiede den Neid fördern, wie schon Tocqueville beim Vergleich der Monarchie mit der modernen Demokratie betont hat. Am lautesten ruft der Mensch nach Neuverteilung, wenn es fast nichts mehr zu verteilen gibt, die kleinsten Unterschiede gewinnen unter diesen Umständen an Gewicht. Man hat festgestellt, dass der erste Platz vom Zweitplatzierten mehr geneidet wird als vom Drittplatzierten. Revolutionen brechen nicht dann aus, wenn die Unterschiede zu groß, sondern wenn sie kleiner geworden sind. Oder nehmen wir die Geschichte der Progression. Sie begann bei Progressionssätzen zwischen 1 und 3 Prozent (Miquelsche Steuerreform), am Ende lagen diese Sätze bei – in einigen Ländern – über 90 Prozent. Es gibt eben keinerlei objektives Maß für das, was sozial gerecht sein soll. Am Ende teilen die Machthaber nach Gutdünken um. So war es im untergegangenen Radikalsozialismus. Und nicht viel anders ist es in unserem Wohlfahrtsstaat, zu dem sich die Soziale Marktwirtschaft entwickelt hat.

Woher kommt die Feindschaft vieler Intellektueller gegen die Marktwirtschaft und die von ihr hervorgerufene Ungleichheit? Sie erklärt sich daraus, dass Intellektuelle bei ihrem traditionellen Anspruch geistiger Überlegenheit als Sinndeuter der Nation („Die Arbeit tun die anderen“, Helmut Schelsky) nicht automatisch die bestbezahlten Stellen der Gesellschaft und dominierende Leitungsfunktionen zugewiesen bekommen (ein krasser Unterschied zum Sozialismus!), sondern dies nur über die harte Auslese des Wettbewerbs durch nützliche Dienstleistungen für den in ihren Augen „ungebildeten“ Durchschnitts-Konsumenten zu erreichen ist. Ein hochmütiger Ekel der „Sinndeuter“ vor dem Markt, der auf ihre Herrschaftsansprüche keine Rücksicht nimmt, sondern jeden Konsumenten als Souverän ansieht, der mit seiner Mark und jedem Pfennig über das abstimmt, was er für nützlich hält. Ohne

Bevormundung! Diese Art Égalité mögen die Intellektuellen eben nicht.

Aus alldem folgt, dass es unmöglich ist, eine neidfreie Gesellschaft herbeizuführen, durch Gesellschaftspolitik die Menschen zu „entneiden“. Vielmehr ist die Gleichmachungspolitik ein Anschlag auf das edelste Motiv des Menschen: Das Streben nach Selbstverwirklichung. Denn jeder bringt sein eigenes Programm mit und hat ein natürliches Recht darauf, seine besonderen Begabungen und Talente zu entwickeln – mit natürlicherweise ungleichen Ergebnissen. Gerade diese Tatsache bringt den Reichtum, die Vielfalt und das Glück einer Marktwirtschaft hervor.

Wie soll man im Übrigen Vor- und Nachteile miteinander verrechnen, z.B. den Nachteil einer schwächlichen Konstitution mit dem Vorteil eines ererbten Vermögens? Wie soll man die erschlaffende Wirkung eines über Generationen genossenen Wohlstandes verrechnen mit den Antrieben, die armselige Startverhältnisse einem ehrgeizigen Selfmademan bieten mögen?

Gleichwohl gibt es Möglichkeiten, den Neid einerseits zu bekämpfen, andererseits zu neutralisieren, ja für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Ein Weg ist, den Korridor der Marktwirtschaft möglichst weit auszudehnen, die Staatswirtschaft dagegen möglichst zu reduzieren. Auch dann gäbe es noch den Neid. Aber er fände nicht die Mittel, den Konkurrenten – wie im Sozialismus – ins KZ oder auf den Archipel Gulag zu senden.

Hinzu kommen muss eine „Richtigstellung der moralischen Begriffe“. War es nicht sogar der Sozialismus, der ein Recht auf den Ertrag der eigenen Arbeit verkündet hat? Darf mir jemand mein Eigen-

tum streitig machen, wenn es durch den „Dienst am Nächsten“ oder durch vertragsmäßige Übereignung ohne Gebrauch von Gewalt, Betrug, Diebstahl usw. zustande gekommen ist? Die „Gerechtigkeit“ ergibt sich in einer Marktwirtschaft aus der Beachtung der moralischen Regeln beim freiwilligen Tausch, auf der ethischen Elementarbasis gegenseitigen Vorteils. Dies im Unterschied zum erzwungenen „Raub“ (auch dem legalen durch den Staat, der diese Spielregeln missachtet). Das Wunderbare an der Marktgerechtigkeit ist, dass hier nicht die Willkür einzelner Menschen, sondern ein anonymer Auslese- und Abstimmungsprozess über die Stellung in der Gesellschaft entscheidet.

Amerika kam die religiöse Auffassung der Calvinisten zugute: Wenn du am Markt Erfolg hast, ist dies ein Zeichen, dass du zu den „Gerechten“ vor Gott gehörst. Über dieses Kapital können wir in Mitteleuropa nicht verfügen. Auch wird man dem „kapriziösen Glück“ seine Rolle zugestehen müssen. Nicht jeder große wirtschaftliche Erfolg ist auch in dem Sinne „verdient“, dass er proportional zu den Anstrengungen steht, die er gekostet hat. Andererseits kann auch größte subjektive Anstrengung zum Misserfolg führen, wenn man den Interessen der Verbraucher nach deren Meinung nicht genug genützt hat („Der Köder muss dem Fisch und nicht dem Angler schmecken“). Aber wenn man die anonymen Abstimmungsmechanismen der Märkte abschafft, bleibt nur die Willkür einzelner, bevorrechtigter Menschen übrig.

Ein Sprichwort sagt: „Mitleid bekommt man geschenkt, Neid muss man sich verdienen.“ Ein guter Satz! Schön wäre es, wenn dieser „verdiente Neid“ zum Ansporn für andere würde, ohne Appell an Staatszwang und Umverteilung die erfolgreicherer Mitmenschen zu übertreffen.